Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 1

Rubrik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schienen. Die Teilrepubliken sind an der Finanzierung jeder dieser Organe zu 50 Prozent beteiligt. Dass solche Jugendperiodika, wie übrigens auch die ganze minderheitliche Presse, ausschliesslich im Inland herausgegeben und nicht etwa importiert wird, hat seine begreiflichen Gründe. Selbstverständlich dienen die Jugendzeitschriften direkt oder indirekt als Sprachrohr der parteilichen Jugendorganisationen. Von den zehn erwähnten Zeitungen enthalten vier das Wort «Pionier» schon in ihrem Titel.

Die «normale» Presse der Sprachminderheiten zeigte 1959 folgendes Gesicht:

Sprache	Zeitungen	Zeitschriften
Tschechisch und Slowakisch	4	2
Italienisch	6	1
Ungarisch	11	6
Rumänisch	2	1
Ruthenisch	1	—
Albanisch	6	4
Türkisch	3	—
Total	33	14

Wirtschaft

China

Das Gespenst des Hungers

«Aber je härter wir arbeiten, um so hungriger werden wir ...»

Das sagte ein chinesischer Flüchtling, der dieser Tage im Ausland eingetroffen ist. Diese Aussage — eine Antwort von Millionen auf die Aufrufe, dass noch mehr gearbeitet werden müsse — soll hier am Anfang stehen, um kurz aufzuzeigen, wie es im allgemeinen um die Versorgungslage des Riesenreiches der Mitte, das heute unter kommunistischer Regierung steht, in jüngster Zeit bestellt ist.

Berichte, die in den letzten Tagen und Wochen in benachbarten Gebieten eintreffen, lassen immer deutlicher erkennen, dass Volkschina einer Hungersnot von niegekannten Ausmassen entgegengeht

Eine Hausangestellte, die aus dem Bezirk Hsinhui in der Provinz Kwangtung nach Hongkong zurückkehrte, sagte u. a. «In meinem Dorf ist jeder halbtot. Sie arbeiten von früh um fünf bis abends um elf Uhr, und alles, was sie bekommen, sind 200 Gramm Reis pro Tag und etwas Gemüse. Ihre Gesichter, Hände und Füsse sind aufgedunsen und viele laufen wie leicht betäubt herum...»

Von offizieller Seite wird darauf hingewiesen, dass China im vergangenen Jahre von Naturkatastrophen heimgesucht worden sei, wie sie sich seit einem ganzen Jahrhundert nicht mehr ereignet hätten. Während zum Beispiel der Gelbe Fluss, die jahrtausende alte Lebensader, vierzig Tage lang ausgetrocknet war, hätten nördlich davon riesige Ueberschwemmungen Verheerungen angerichtet. Diese Tatsachen bilden denn auch den Grund dafür, dass eine grossangelegte Kampagne unternommen wurde, um mehr Leute in der Landwirtschaft zu beschäftigen, während längere Zeit hindurch der Industrialisierung der Vorrang gegeben worden war. Selbstverständlich wurden die Lebensmittelrationen drastisch gekürzt und weitere Massnahmen zur Steuerung der Hungersnot getroffen.

Zu den bemerkenswertesten von diesen gehört zweifellos die Aufhebung des Verbotes der kommunistischen Behörden, unbeschränkt Lebensmittelpakete aus dem Ausland an Verwandte in China zu senden — mit dem Verbot sollte seinerzeit bewiesen werden, dass unter dem neuen Regime Ueberfluss herrsche. Seitdem ergeht nun ein Strom von Bittschriften aus China an Verwandte in Südostasien um Lebensmittelsendungen. Schon jetzt sind die Postämter von Hongkong mit Paketen überhäuft, die nach Volkschina befördert werden sollen.

Ein weiteres Indiz für die prekäre Lage ist darin zu erblicken, dass Vertreter der Pekinger Handelsagentur in Kanada eingetroffen sind, um in Montreal, Toronto und Winnipeg über Weizenlieferungen an China zu verhandeln. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Kanada keine grösseren Weizenmengen mehr nach China geschickt. Gewisse amerikanische Kreise zweifeln jedoch daran, dass die Krise durch Naturkatastrophen entstanden sei. Diese sei viel eher die Folge einer Misswirtschaft. Möglicherweise wollten die Kommunisten mit ihren Katastrophenberichten «gefälschte» Angaben über die landwirtschaftliche Produktion in den vergangenen Jahren korrigieren. Wer die chinesischen Verhältnisse kennt, wird sich dieser Vermutung jedoch nicht restlos anschliessen können, denn die Möglichkeiten grausamer Naturkatastrophen sind in diesem Reiche tatsächlich unbegrenzt — wenn auch andere, politische Motive eine gewisse Rolle spielen werden.

Die Auswirkungen der Ernährungsschwierigkeiten in China lassen sich noch keineswegs übersehen, zumal die kritische Zeit bis zur nächsten Ernte noch bevorsteht. Es ist jedoch anzunehmen, dass über kurz oder lang im wirtschaftspolitischen Bereich einschneidende Massnahmen ergriffen werden müssen, die auf politischem, vielleicht auch aussenpolitischen Gebiet ihren Niederschlag finden werden.

Einkäufe im Westen

Um der akuten Lebensmittelknappheit wenigstens einigermassen steuern zu können, muss China importieren. Und dabei ist es höchst aufschlussreich, dass es grosse Einfuhrmengen aus den freien Märkten beziehen muss. Die Ostblockstaaten können offensichtlich nicht genügend liefern, ein weiteres Indiz für die schlechte Versorgungslage im kommunstischen Machtbereich und das Ausmass der zahlreichen Missernten.

Die Regierung von Peking kaufte Ende des letzten Jahres via Hongkong gegen Barzahlung 240 000 Tonnen Getreide im Werte von fünf Millionen Pfund Sterling in Australien ein. Weitere ähnliche Abschlüsse wurden in Aussicht gestellt. Eine chinesische Handelsdelegation bereiste nach einem Besuch in London verschiedene Städte in Kanada, um dort Weizen einzukaufen, nachdem China seit Ende des Weltkrieges keine grösseren Mengen an kanadischem Weizen importiert hatte.

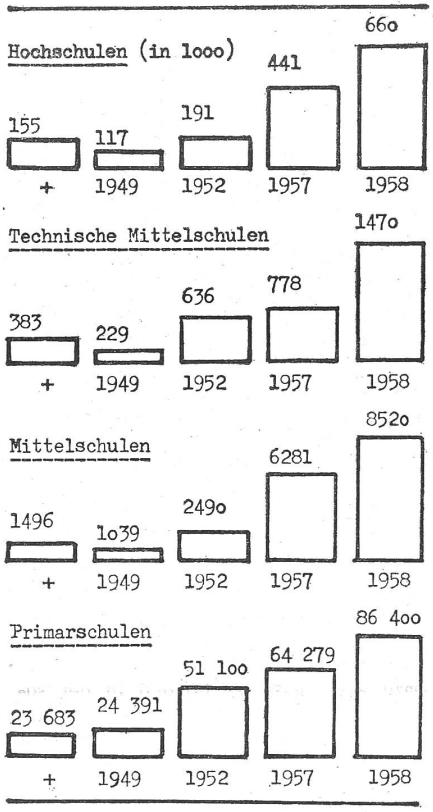
Angesichts der schweren Notlage in verschiedenen chinesischen Provinzen und angesichts der ungewöhnlichen Einkäufe in westlichen Ländern, wirkt es um so auffallender, dass das Regime seine Reisexporte weiterhin aufrecht erhält. In Colombo wurden Ende des abgelaufenen Jahres Verhandlungen über die Lieferung von chinesischem Reis im Austausch mit ceylonesischem Kautschuk geführt. Es handelte sich dabei um die Wiederholung eines schon vor Jahresfrist abgeschlossenen ähnlichen Abkommens.

Dass Peking seinen Getreidebedarf jetzt im Westen decken muss, hat vor allem in den sowjetischen Ernteschwierigkeiten seinen Grund, die wenigstens zum Teil auf Chruschtschews Landwirtschaftspolitik zurückzuführen sind und die Absetzung von Landwirtschaftsminister Matskewitsch zur Folge hatten. Der Moskauer Regierungschef und Parteichef selbst erklärte auf einem Empfang in der kubanischen Botschaft, die Ernte liege «unter unsern Fähigkeiten». Besonders schwach sei es um die Winterweizenernte im Neulandgebiet bestellt gewesen, die unter niedern Temperaturen gelitten habe. Hinzu seien «noch andere Probleme» gekommen. Die grossen Anbaupläne sind auf Chruschtschew selbst zurückzuführen.

Bildung

Bildungswesen im Aufbau

In der Woche nach Weihnachten wurde die Jahrestagung der amerikanischen Gesellschaft für Förderung der Wissenschaft in New York eröffnet. 7000 Wissenschafter aller Fachrichtungen haben sich zu dieser Konferenz eingefunden. Höhepunkt der Veranstaltung war eine zweitägige Vortragsreihe über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in der Volksrepublik China. Grösste Beachtung fand der Bericht L. A. Orleans von der Kongressbibliothek über die Entwicklung des Bildungswesens seit der kommunistischen Machtübernahme. Die hier angeführte Statistik die sehr deutlich zeigt, wie diese Entwicklung durch die Kommunisten forciert wird, bildete den Kern des Berichtes.



+ vor der kommunistischen Machtübernahme.

Justiz

Sowjetunion

Richterliche Unabhängigkeit laut Parteianweisung

Am 18. Dezember wurden in der Sowjetunion die Richter der Stadt- und Bezirksgerichtet gewählt. Das heisst, gewählt oder wiedergewählt wurden diejenigen unter ihnen, die sich einer Kette von Rechenschaftsberichten über genaue Befolgung der Partei-Instruktionen ausweisen konnten.

Das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit, vor 1936 in der sowjetischen Gerichtsverfassung überhaupt ein unbekannter Begriff, ist auch heute noch selbst in der offiziellen Lesart nur mit schweren Einschränkungen gültig. Zwar wird sie seit 1938 in der Gerichtsverfassung angeführt und figuriert seither in allen einschlägigen Gesetzestexten, so in der Strafprozessordnung von 1958 und ausdrücklich auch in den neuen Justizgesetzen der Russischen Föderation (praktisch für das ganze Unionsgebiet massgebend).

Doch gerade die letzten Bestimmungen, die im Herbst als Ergänzung erschienenen Gesetze über Richterwahl und Abberufung der Richter brachten die faktische Abhängigkeit der Richter deutlich zur Geltung. Wahl und Abberufung des Richters sind mit seiner Pflicht verbunden, periodisch seinen Wählern Rechenschaft über seine Tätigkeit zu erstatten, wobei er darzulegen hat, wie er die Wünsche seiner Wählerschaft berücksichtigt hat.

Dazu aber heisst es offiziell in der sowjetischen Rechtsliteratur, die Richter seien wohl grundsätzlich unabhängig, nicht aber von der Arbeiterklasse. Ihre Hauptpflicht sei es, die Richtlinien der Partei in der Rechtssprechung zur Geltung kommen zu lassen.

Die Ende 1960 gewählten Richter hatten sich über Einhaltung der Partei-Instruktionen besonders intensiv zu verantworten. Es gab Kandidaten, die im Verlauf der ersten zehn Monate des abgelaufenen Jahres nicht weniger als 22mal ihre Wähler orientierten.

Die Richter der Stadt- und Bezirksgerichte sind die einzigen, die direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Der Oberste Gerichtshof wird vom Obersten Sowjet auf fünf Jahre, die niedrigeren Gerichte vom entsprechenden Sowjet (Verwaltungsorgan) auf drei bis fünf Jahre gewählt.

Bei den Chargen der untersten Stufe gab es dieses Jahr Aenderungen in der Amtsdauer, die bei den Berufsrichtern von drei auf fünf Jahre erhöht, bei den Volksbesitzern von drei auf zwei Jahre herabgesetzt wurde. Die ersteren wurden von der Bevölkerung auf Grund des «allgemeinen Wahlrechtes» in Wahlkreisen, die letzteren dagegen in den Betrieben, Aemtern, Kolchosen, Sowchosen usw. in offener Abstimmung gewählt.

Die Rechenschaftsablage der wiederum kandidierenden Richter erfolgt periodisch vor den Wählern in Fabriken, Kolchosen und dergleichen anlässlich von Betriebsversammlungen oder sonstigen Zusammenkünften. (Eine parallele Regelung besteht auch für die von Sowjets bestimmten Richtern.) Die Bürger haben das Recht, ja sogar die Pflicht, Wünsche über die Handhabung der Gerichtspraxis zu äussern. Diese werden dann in Resolutionen zusammengefasst, die als verbindlich zu betrachten sind. Wer den Wünschen der Wähler nicht entgegenkommt, wird abberufen.

In der Praxis werden die Richtter selbstverständlich von der Partei eingesetzt und abgesetzt. In jedem Sowjet, in jedem Betrieb gibt es Parteiorganisationen oder Parteizellen, die die Wahlliste zusammenstellen und die Instruktionen für die öffentlichen Versammlungen erteilen lassen, sei es durch Gewerkschaftsorgane, sei es durch Privatpersonen. Die Beschlüsse über Instruktionen an den Richter oder allenfalls seine Amtsentsetzung erfolgen natürlich im Namen des «Volkes».

Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass Richterwahl, Abberufung und Instruktion mit dem konstitutionellen Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit unvereinbar sind.

Wirtschaft

Klagen zum neuen Jahr

«Sputniks sind schon recht, aber ...» Das ist ungefähr der Tenor sowjetischer Wirtschaftsexperten, die in bezug auf die Konstruktions- und Investitionsprogramme einen sehr kritischen Jahresrückblick hielten.

«Einige ‚Neuigkeiten' der Technik erwiesen sich bei näherer Prüfung als altersgraue Anachronismen», beschwerte sich das massgebende Wirtschaftsorgan, die «Ekonomitscheskaja Gasjeta», die kurz darauf feststellte, dass beispielsweise von den 21 für die Jahre 1959/60 geplanten Grossbauten der pharmazeutischen Industrie ganze sechs fertiggestellt wurden.

Die Stimme des Moskauer Fachblattes war wohl die prominenteste, aber keineswegs die einzige, die sich mit Uebelständen in bestimmten Sektoren von Planungs- und Ausführungswesen in äusserst scharf formulierten Beanstandungen befasste.

Den sowjetischen Konstrukteuren widmete «Ekonomitscheskaja Gasjeta» gleich einen Leitartikel, in welchem die Verschleppung von Konstruktionsarbeiten als das grosse Uebel der industriellen Entwicklung bezeichnet wurde. Man habe den Projekten von neuen technischen Errungenschaften für die Volkswirtschaft gleiche Wichtigkeit beizumessen wie dem Bau von Sputniks und Raketen und den betreffenden Konstrukteuren die gleichen Anforderungen zu stellen.

Vom Augenblick an, da der verantwortliche Entwerfer eine technische Aufgabe erhalte, bis er das erste Musterexemplar abliefere, verstrichen oft genug fünf, sechs oder gar zehn Jahre. Und das nenne sich dann Wettbewerb um die Planerfüllung und Kampf um den Fortschritt. Unter diesen Umständen könne es nicht mehr verwundern, wenn die neuesten Erfindungen bis zu ihrer Realisierung bereits «graubärtige Greise» seien.

Eine weit hinter den Plänen zurückgebliebene Bautätigkeit wurde vor allem in der pharmazeutischen Industrie und in der Holz-, Zellulose- und Papierindustrie festgestellt, beides Gebiete, die in der letzten Zeit in der Sowjetunion ausserordentlich stark forciert — und vielleicht im Plansoll-Sektor auch überforciert worden sind. Der pharmazeutischen Produktion wird überdies schlechte, unzureichend koordinierte Planung vorgeworfen. Gewisse Medikamente seien massenweise am Lager verblieben, andere seien überhaupt nicht erhältlich gewesen, so zum Beispiel Mittel gegen die Tuberkulose.

In der Holzindustrie sind laut «Lesnaja

Unruheherde im Fernen Osten: LAOS

Staats- und Regierungsform: Konstitutionelle Monarchie — Parlament mit einer Kammer — Wahlberechtigt alle erwachsenen Bürger — Keine allgemeine Wehrpflicht — Verwaltungsgliederung in 12 Provinzen. Staatsoberhaupt und höchste religiöse Autorität Savang Vatthana, König seit 1959. Regierungschef: Prinz Suvanna Phuma, Neutralist. (Er hat die Regierungsbefugnisse in die Hände eines Generalstabes gelegt und ist ins Ausland geflohen) Parteien: Bei den Wahlen vom April 1960 erhielten die beiden rechtsgerichteten Parteien «Sammlung des Volkes von Laos» (RPL) und «Komitee für die Verteidigung der nationalen Interessen» (CDIN) 51 von 59 Mandaten. Die Oppositionsparteien, darunter die kommunistische «Neo-Lao-Haksat» erlitten damals eine schwere Niederlage.

Fläche (1959): 236 800 Quadratkilometer.

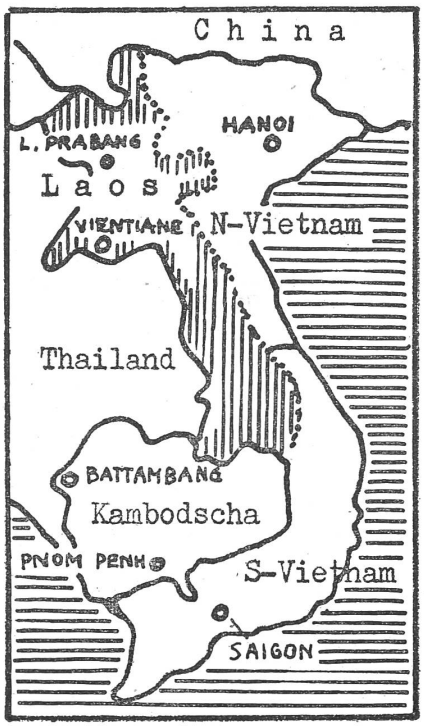
Einwohner: 2 180 000.

Städte: Vientiane (Hauptstadt) mit 60 000, Luang Prabang (Residenz) 16 000 Einw.

Bevölkerung: Lao, ausserdem andere Thaigruppen, annamitische und chinesische Minderheiten. Staatssprache: Lao. Religion: vorwiegend südlicher Buddhismus.

Wichtige Ausfuhrgüter: Reis, Baumwolle, Kaffee, Tee, Holz, Gewürze.

Mitgliedschaft: Uno, unter dem Schutz der SEATO-Pakt-Staaten stehend.



Promischlennost» während der ersten elf Monate des verflossenen Jahres statt sechs Milliarden, 806 Millionen Rubel lediglich etwa 5,5 Milliarden investiert worden. In der Zellulose-Papierindustrie sei der Plan für Kapitalbau lediglich zu 76 Prozent erfüllt. Viele Grossanlagen, die 1960 hätten in Betrieb genommen werden sollen, seien gar nicht fertiggestellt.

Nach Darstellung der «Stroitelnaja Gasjeta» sind die Investitionsbauten unter anderem wegen Zementvergeudung zurückgeblieben. Der Zement werde schlecht gelagert und unzweckmässig transportiert. In Kasachstan allein betrage der Zementverlust 35 Prozent des Gesamtquantums. Die Erwähnung dieser Unionsrepublik ist deshalb von besonderem Interesse, weil das Beispiel zeigt, dass Chruschtschew nicht nur mit seinem Agrarprogramm, sondern auch mit seinem ebenfalls ausserordentlich weitgehenden Industrieprogramm für die Neulandgebiete Mühe hat.

Viele Kolchosbauern in Kirgisztan behandeln das Kollektiveigentum als ob es ihr eigenes wäre, bemerkt «Sowjetskaja Kirgisija» mit Entrüstung. Den selbstherrlichen Genossenschaftsmitgliedern wird unter anderm vorgeworfen, sie hätten ihren tatsächlichen Viehbestand verheimlicht, Angaben über Produktion unterschlagen und ihre Nebenwirtschaften über das erlaubte Mass hinaus vergrössert.

Sowjets bauen in Yemen

Detaillierte Pläne zum Bau einer neuen Stadt im Jemen hat eine Mission sowjetischer Architekten ausgearbeitet. Die Stadt, die sich Nasriyah nennen wird, soll an der Küste des Roten Meeres gebaut werden, zwischen der alten Stadt Hodeida und dem neuen Tiefsee-Hafen, den sowjetische Techniker einige Kilometer nördlich der alten Stadt ausgehoben haben.

Allerlei

DDR

Von Guben in die Wilhelm-Pieck-Stadt

Am 3. Januar, dem 85. Geburtstag des vergangenen Herbst verstorbenen DDR-Präsidenten, wurde die Stadt Guben, d. h. der westlich der Neisse gelegene kleinere Stadtteil (der östliche steht unter polnischer Verwaltung und nennt sich «Gubin») in «Wilhelm-Pieck-Stadt» umbenannt. Anlässlich der Umbenennung verpflichtete sich die Tuchmacherbrigade im volkseigenen Betrieb «Gubener Wolle», 12 Millionen Schuss über den Plan zu weben und dabei 99 Prozent erste Qualität zu erreichen. Andere Berufsgattungen taten ein gleiches. Pieck selber wurde jedoch nicht in jenem Stadtteil geboren, der nun offiziell seinen Namen trägt, sondern seine Wiege stand östlich der Neisse, die die DDR von dem Gebiet trennt, das von Polen verwaltet wird. Piecks Geburtshaus blieb bisher völlig unbeachtet. Wenn sich dennoch hin und wieder einer nach der Geburtsstätte des ehemaligen Präsidenten erkundigte, wurde das von den polnischen Grenzposten als ein Witz aufgefasst. Dennoch hat sich Warschau neuerdings dazu bereitgefunden, wenigstens eine Gedenktafel an jenem Haus anbringen zu lassen.

Guben ist eine Hut- und Tuchmacherstadt, so dass an Fahnentüchern kaum

Entstaubung im Schichtbetrieb, das dürfte der neueste Schlager in Ostdeutschland werden, wenn es nach den Forderungen der Presse geht. Haushaltgeräte, die nicht vollumfänglich gebraucht würden, wie eben Staubsauger, hätten kollektiviert und nach Bedarf ausgeliehen zu werden. Zahnbürsten werden nicht besonders erwähnt.

Mangel geherrscht haben dürfte. Ob man dabei allerdings vor Begeisterung über die Umbenennung der Stadt auch die Hüte in die Luft geworfen hat, davon war bis jetzt nichts zu vernehmen.

Im Jahre 1946 hatte Pieck gesagt: «Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorgenommen wird. Auch Ulbricht wie Grotewohl hatten lange Zeit die Ansicht vertreten, dass die Oder-Neisse-Grenze spätestens bei einem künftigen Friedensvertrag zugunsten der DDR revidiert werden müsse, und versichert, dass die SED sich jeder Verringerung deutschen Gebietes entgegenstellen werde. Es sollte nicht sein. Die Grenze verläuft noch heute und wohl noch lange mitten durch Guben, bzw. Wilhelm-Pieck-Stadt.

Militär

Ganz ohne Klassen geht es nicht

Im Jahre 1959 hatte das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei beschlossen — nach chinesischem Muster — etwas zur «Herausbildung von klassenmässigen Beziehungen zwischen den Armeeangehörigen» zu unternehmen. Es war geplant, dass sich die Offiziere der Armee pro Jahr vier Wochen lang in klassenloser Gesellschaft schulen sollten. Sie sollten, in den Dienst- und Seelenzustand des «gemeinen Mannes» zurückversetzt, sich vorübergehend als einfache Soldaten fühlen. Vielleicht fanden dies die einfachen Soldaten an sich in Ordnung, die Offiziere dagegen konnten die nötige Begeisterung dafür weniger aufbringen. Auch auf Geheiss der Partei erniedrigen sie sich nicht gern selber, und so widerstand das Ewig-Menschliche der Ideologie — und zwar mit Erfolg, so dass sich das Zentralkomitee der Partei genötigt sah, den Genossen Offizieren die jährliche Rückversetzung zu den «Gemeinen» zu erlassen. Die Chinesen sind demnach doch noch die besseren Kommunisten.

Ein Buch

Vor 100 Jahren schrieb ein gewisser ...

«Der Panslawismus ist keine Bewegung, die nur nach nationaler Unabhängigkeit strebt, sondern eine Bewegung, die, auf Europa gerichtet, alles das vernichten würde, was 1000 Jahre Geschichte geschaffen haben. Das könnte nicht verwirklicht werden, ohne Ungarn, die Türkei und einen grossen Teil Deutschlands von der Landkarte auszulöschen.»

So schrieb ein gewisser Korrespondent der «New York Daily Tribune» in den Jahren 1853—1856 aus seinem Londoner Exil über den russischen Expansionsdrang. Wer mochte das gewesen sein?

Hören wir ihn erst weiter.

«Die unregelmässige und in Wellenlinien verlaufende Westgrenze Russlands, welche die natürlichen Grenzen schlecht beachtet, wird Begradigung verlangen, und es wird darauf hinauskommen, dass die als natürlich erscheinende Grenze Russlands von Danzig oder vielleicht Stettin bis nach Triest verläuft. Und so sicher wie eine Eroberung die andere, eine Annexion die andere nach sich zieht, ebenso sicher wird die Eroberung der Türkei durch Russland nur ein Vorspiel sein für die Annexion Ungarns, Preussens, Galiziens und für die letzte Verwirklichung eines slawischen Reiches, von dem gewisse fanatische panslawistische Philosophen geträumt haben ...»

Von diesem Programm des russischen Nationalismus ist bisher alles verwirklicht, ausser der Eroberung des türkischen Reiches, die im Krimkrieg von den Westmächten verhindert wurde.

Manche Artikel des erwähnten Mitarbeiters der zitierten Zeitung sind so gehalten, dass sie heute von den Sowjets als imperialistische Kriegshetze bezeichnet würden.

«Russland überreicht nur deshalb den westlichen Diplomaten so viele Noten, wie man Hunden Knochen hinwirft, um ihnen ein harmloses Vergnügen zu bereiten, während es selber die Gelegenheit nützt, weiterhin Zeit zu gewinnen.»

Der Korrespondent richtet seine Polemik aber auch gegen die Westmächte, die miteinander streiten, statt dem russischen Expansionismus entgegenzutreten:

«Es gibt nur einen Weg, um mit einer Macht wie Russland umzugehen, und das ist der Weg der Furchtlosigkeit.»

«Auf die Feigheit und Furcht der Westmächte zählend, schüchtert er (der Russe) Europa ein und treibt seine Forderungen so weit wie möglich, um später grossmütig zu erscheinen, wenn er sich dann mit dem zufrieden gibt, was er unbedingt will.»

«Der russische Bär wird sicher zu allem fähig sein, solange er weiss, dass die anderen Tiere, mit denen er umgeht, zu nichts fähig sind.»

Dieser Korrespondent der «New York Daily Tribune» war kein geringerer als Karl Marx, von dem der Bolschewismus sehr viel übernommen hat, vor allem das, was an seinen nationalökonomischen Theorien falsch war, nämlich das Gerüst der kommunistischen Oekonomie. Darüber allerdings, was Marx vom Expansionsdrang der Russen gesagt hat, verriet der Bolschewismus keine Silbe.

Damals waren es allerdings der böse Zar und sein Regime, vor deren Expansionsdrang Marx warnte. Heute ist das doch eine ganz andere Sache, nicht wahr? Die UdSSR haben ja mit dem Nationalismus, mit Panslawismus usw. aufgeräumt. Die Naiven, die solchen Glaubens sind, sind leider auch heute noch nicht alle!

Es ist das Verdienst von Prof. Dr. J. A. Doerig von der Handelshochschule Sankt Gallen, die Artikel, die Karl Marx in der erwähnten amerikanischen Zeitung geschrieben hat, nun zum erstenmal in deutscher Sprache herausgegeben zu haben (Marx contra Russland. Der russische Expansionsdrang und die Politik der Westmächte. Berichte von Karl Marx als europäischem Korrespondenten der «New York Daily Tribune», Seewald-Verlag,

Curriculum der Woche

WLADIMIR WLADIMIROWITSCH MATSKEWITSCH

Infolge der letzten Missernten vom Obersten Sowjet als Landwirtschaftsminister abgesetzt und durch Michail Olschanski ersetzt, wurde Matskewitsch jetzt Leiter des Projekts für Neulandbebauung, hält also noch immer einen recht wichtigen Posten inne.

Geboren 1909 als Sohn eines Agronomen im ukrainischen Dorf Priwoljnoje. Absolviert 1932 das Zootechnische Institut in Charkow und wird Direktor eines Viehzuchtkowchos. 1939 Beitritt zur Partei. 1939 bis 1941 und 1943 bis 1945 Direktor des Zootechnischen Instituts in Charkow. 1946 wird er stellvertretender Minister und kurz darnach Minister für Viehzucht der Ukrainischen Republik. 1940 bis 1950 Chefredaktor einer Betriebsenzyklopädie für Kolchosen. 1950 Erster stellvertretender Ministerpräsident der Ukrainischen SSR. 1953 stellvertretender Landwirtschaftsminister und 1955 Landwirtschaftsminister der UdSSR. 1956 ins Zentralkomitee der Partei gewählt und wird Mitglied der Prüfungskommission für die Direktiven des 20. Parteitags für den sechsten Fünfjahresplan der Volkswirtschaft 1956 bis 1960. 1959 stimmberechtigter Delegierter auf dem Ausserordentlichen 21. Parteitag der KPdSU. Abgeordneter des Obersten Sowjets, erhielt zweimal den Leninorden und verschiedene weitere Auszeichnungen. Matskewitsch war das willige Werkzeug der Landwirtschaftspolitik Chruschtschews, insbesondere seiner Neulandprojekte und der Umwandlung von Kolchosen in Grosskolchosen und Sowchosen. Nach der letztjährigen Missernte im Neulandgebiet von Kasachstan wurde der dortige Parteisekretär Belajew entlassen. Die diesjährigen Rückschläge der Landwirtschaft wirbelten noch mehr Staub auf, wobei Matskewitsch immer deutlicher im Kreuzfeuer der Kritik stand. Chruschtschew entschloss sich, seinen Landwirtschaftsminister noch vor der auf den Januar verschobenen Plenarsitzung des Parteizentralkomitees zu opfern.

Stuttgart). Doerig macht auch darauf aufmerksam, dass die späteren kommunistischen Editoren der Marxschen Werke die Tribune-Artikel stets unter den Tisch fallen liessen —, aus begreiflichen Gründen, wie man wohl annehmen darf.

Schade, dass es für die ZK-Mitglieder noch keine russische Ausgabe gibt, durch die sie erfahren könnten, was der grosse Karl Marx über sie gedacht hat. Doch halt — er schrieb ja vom zaristischen Russland!

Allgemein

Ungarn

Das freundliche Gesicht

Die ungarischen Freiheitskämpfer von 1956, die bisher kaum ein Betrieb einzustellen wagte, werden jetzt vielleicht doch Arbeit finden können. Zu Hilfe gekommen ist ihnen dabei die von Kadar in Hinsicht auf die Uno-Debatte seit einiger Zeit geförderte «Gutwetterstimmung».

Wie die Zeitung «Magyar Közlöny» berichtet, hat die Regierung mit Datum vom 22. Dezember 1960 eine Verordnung betreffend die Beschäftigung gefängnisentlassener Personen erlassen, die tatsächlich den politischen Häftlingen einige Erleichterung bringen könnte. Der Gefängniskommandant ist demnach verpflichtet, auf Gesuch des vor der Entlassung stehenden Verurteilten das Exekutivkomitee des örtlichen Rates über die persönlichen Umstände und Fachqualifikationen des Betreffenden zu orientieren, und das Komitee soll ihn an ein Unternehmen mit Bedarf an Arbeitskräften schicken. Die Leiter der staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen werden angewiesen, die Anstellung des Entlassenen zu fördern, dem die Arbeit nicht auf Grund seines Gefängnisaufenthaltes verweigert werden darf. Den ehemaligen Häftlingen sei bei der Ueberwindung von Schwierigkeiten zu helfen.

Ein erträglicheres Klima wird anscheinend auch im Verhältnis Staat-Kirche gesucht, wenn auch Gegenbeispiele zur Hand sind. Laut Reuter berichtet die katholische Zeitung «Uj Ember» von einer Erhöhung der jährlichen staatlichen Subvention an die katholische Kirche für das Jahr 1961. (Die enteigneten Kirchen sind in Ungarn materiell weitgehend von der Unterstützung durch den Staat abhängig.)

Dass sich aber im ideologischen Konflikt zwischen Kirche und Staat nichts ändert, zeigt ein Beispiel aus Szeged, wo laut «Delmagyarorszag» ein Priester wegen «Aufwiegelung von Kindern gegen die Volksdemokratie» unter Anklage gestellt wurde. Er habe den Kindern im Alter, da sie für Romantik empfänglich seien, «von gesteinigten Heiligen» erzählt und dabei «die Schilderung von Ereignissen aus der Konterrevolution» eingeflochten. Der Tatbestand der «Aufwiegelung gegen die Volksdemokratie» wird mit Gefängnis von zwei bis zehn Jahren bestraft.

Occasion teurer als neu

«Es gibt Autobesitzer, die ihren Wagen vor drei Jahren für 20 000 Forint kauften und jetzt 55 000 Forint dafür wollen. — Und sie bekommen den verlangten Preis.» Das berichtet unter Erwähnung einiger krasser Beispiele die Zeitung «Dunantli naplo».

Es stimmt tatsächlich: In Ungarn sind Occasionsautos teurer als fabrikneue Wagen. Die interessante Situation ergibt sich aus der «sinnvollen» Ergänzung von Planwirtschaft und privatem Provit. Neue Wagen können nur über den staatlichen Autohandel («Autoker») verkauft werden. Erhältlich — mit einer zwei- bis dreijährigen Wartefrist — sind sie nur für einflussreiche Personen. Der Verkauf von gebrauchten Wagen wurde dagegen vor einiger Zeit freigegeben. Wer somit über genügend Gewicht beim «Autoker» verfügt, verkauft seinen ausgefahrenen Wagen und bestellt sich dafür zwei neue.

Harmloser ungarischer Binnenhandel.

---

250 für Italien bestimmte ungarische Exportrinder mussten in Wien abgetan werden, weil man bei 50 Tieren Maul- und Klauenseuche feststellte. Das österreichische Landwirtschaftsministerium sperrte alle Einfuhren von ungarischem Vieh.

Weniger harmloser ungarischer Aussenhandel.

Planung

Tschechoslowakei

Einseitig auf Schwerindustrie

Dass die seit 1954 verkündete neue Wirtschaftspolitik der kommunistischen Staaten mit ihrer Betonung der Leichtindustrieproduktion wirklich ausgespielt hat, dafür bietet der tschechoslowakische Volkswirtschaftsplan für 1961 die neueste Bestätigung. An der gesamten industriellen Produktionszunahme von 9,3 Prozent haben die schwere Maschinenindustrie mit 14,1 Prozent, die allgemeine Maschinenindustrie mit 11,0 Prozent, die metallurgische mit 10,3 Prozent und die chemische Industrie mit 11,4 Prozent grossen Anteil. Ein wesentlich anderes Bild zeigt sich in der Konsumgüterproduktion, die lediglich um 5,5 Prozent erweitert werden soll.

*

Als ungenügend erachtet die in Bratislava in ungarischer Sprache erscheinende «Uj szo» die zehn bis zwölf Prozent, die von den Gesamteinnahmen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die unteilbaren Fonds abgezweigt werden.

*

Während des zweiten tschechoslowakischen Fünfjahresplanes 1956 bis 1960 wurden allein aus Prag 28 000 Personen für Arbeit in Bergwerken, im Bauwesen und Transport gewonnen. Hingegen scheint die Ansiedlung von hauptstädtischer Bevölkerung zu landwirtschaftlicher Arbeit in den Grenzgebieten weniger durchschlagenden Erfolg aufgewiesen zu haben. In diesem Zeitraum begaben sich 1635 Personen in die betreffenden Gegenden («Rude Pravo»).

Definitionen

Kommunist, Belgrad: Was sind Kohlen? Die einzigen, die in der Arbeit aufgehen.

Was ist ein Wunder? Eine öffentliche Uhr, die genau geht.

Jugoslawischer Flüsterwitz, der jetzt in Polen zirkuliert: Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus? Kapitalismus ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Kommunismus, wie jedermann weiss, ist das Gegenteil vom Kapitalismus.

Wir machen

unsere geschätzten Leser und Abonnenten darauf aufmerksam, dass bei der Administration des «Klaren Blicks»

zum reduzierten Preis von Fr. 4.— eine

Lesemappe

aus Plastik bezogen werden kann, die jeweils fünf Nummern der Zeitung aufnehmen und in Wartezimmern, Empfangshallen usw. aufgelegt werden kann. Wir haben damit einem vielfach geäusserten Wunsch entsprochen und hoffen, dass die dafür in Frage kommenden Interessenten von diesem Angebot zahlreichen Gebrauch machen werden.

Administration und Verlag «Der Klare Blick»

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

11. Januar 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Wenn Hirtenknaben inserieren

«Es gibt mehr Ding im Himmel und auf Erden, als eure Schulweisheit sich träumt, Horatio» — ein Zitat aus Shakespeare, das nicht ganz abseitig an dieser Stelle stehen soll. Es ist dem Verfasser dieser Zeilen angesprungen, als er per Zufall einige Exemplare einer österreichischen Zeitung mit knallig-roten Schlagzeilen in die Hände bekam.

Es war nicht so sehr die Ankündigung einer «Oktoberfeier zum 43. Jahrestag der Sozialistischen Revolution im Volkshaus, wo der sowjetische Farbfilm ‚Chruschtschew in Oesterreich'» gezeigt wurde, sondern vor allem die folgenden Tatsachen, die man kaum glauben würde, wenn man sie nicht Schwarz auf Weiss gelesen hätte: Von den 48 Inseraten einer Ausgabe, in denen Hausburschen, Mädchen, Schlosser, Mechaniker, Melker, Serviertöchter und andere Arbeitskräfte gesucht werden, stammen 40 aus der Schweiz (die übrigen 8 aus Deutschland.)

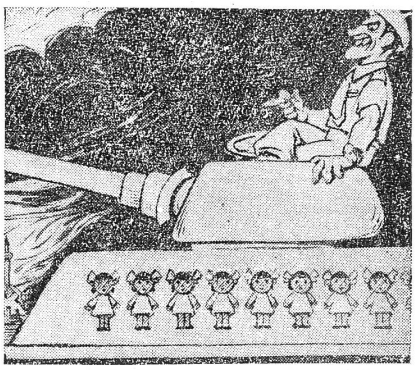
Auch hieran müsste kein Anstoss genommen werden, da bei uns wie anderswo ein derartiger Mangel an Arbeitskräften herrscht, dass es ohne Werbung im Ausland nun einfach nicht geht. Was sich jedoch die wenigsten dieser Inserenten träumen lassen dürften, ist, dass es sich bei dieser Zeitung, die in zwei Ausgaben wöchentlich einmal in Graz erscheint, um ein Blatt handelt, dessen Impressum (Firmeneindruck) besagt: «Eigentümer: Kommunistische Partei Oestereichs». Das wird dem gutgläubigen Inserenten aus der «kapitalistischen» Schweiz allerdings nicht so mir nichts, dir nichts unter die Nase gehalten, obwohl die beiden Köpfe ein und derselben Zeitung das eine Mal «Wahrheit und Volkswille», das andere Mal «Volkswille und Wahrheit» heissen, wobei das eine Mal die «Wahrheit», das andere Mal der «Volkswille» gross geschrieben ist, um den Inserenten noch in einer andern Beziehung zu rosstäuschen, auf die später noch zurückzukommen ist.

Was in Ordnung geht, ist die Tatsache, dass der Auftraggeber für seine Annonce ein Belegexemplar erhält. Weniger in Ordnung ist jedoch, dass bei diesen Belegexemplaren mit mathematischer Genauigkeit das erwähnte Impressunm mit einem weissen Zettel «Zeitungsbeleg — unverkäufliches Exemplar» überklebt ist. Auch darauf ist der Verfasser dieser Zeilen per Zufall gestossen, weil er das Impressum suchte und den aufgeklebten Zettel ein bisschen gegen das Licht hielt und mit «klarem Blick» auch sogleich die Eigentümerin der Zeitung, eben die «Kommunistische Partei Oesterreichs» darunter durchschimmern sah. Weil ihm verschiedene dieser Ausgaben zur Verfügung stehen, kann er den Beweis antreten, dass jede solche Belegnummer den «harmlosen Zettel» just auf jener schwachen Stelle trägt, die vielleicht doch manchen ehrlich empfindenden Schweizer Inserenten etwas nachdenklicher stimmen und zu Meditationen über Wahrheit und Volkswille anregen könnte.

Was die Inserenten weiterhin bedenken müssten, ist der Umstand, dass auf den Einladungsformularen der Agentur, welche diese Annoncen vermittelt, nämlich der «Inseraten-Kurier, Innsbruck I, Postfach 13, Tirol/Oe.», versprochen wird, die Inserate würden in zwei verschiedenen österreichischen Zeitungen erscheinen. Wir wollen nicht so weit gehen und auch noch die Preise unter die Lupe nehmen — aber es muss festgehalten werden, dass dieses «verschiedene Erscheinen», das den Eindruck erwecken soll, als handelte es sich um zwei wirklich verschiedene, voneinander unabhängige Insertionsorgane, ebenfalls nicht der «Wahrheit» entspricht, die den Kopf der Zeitung krönt (sofern es nicht gerade der «Volkswille» ist). Sie erscheinen nämlich parallel im «Volkswillen» wie in der «Wahrheit», der Zeitung ein und derselben Offizin. Der Inserent versteht im allgemeinen unter «verschieden» etwas anderes, als nur die unbedeutende Kopfänderung eines Blattes, das mehr oder minder an den gleichen Leserkreis geht. Der Begriff der unlauteren Machenschaften dürfte in diesem Zusammenhang gewiss nicht fehl am Platze, sondern eher recht gelinde sein. Es wäre denn, das Inserat wäre tatsächlich noch in einem weiteren Blatt erschienen. — Diskretion noch besser zugesichert.

Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage, wes Geistes Kinder die Leser dieser Zeitung, bzw. diejenigen Leute sind, die auf diesem Werbewege in unserem Lande Stellen antreten. Diese und ähnliche Ueberlegungen seien nicht nur den meist ahnungslosen, weil getäuschten Inserenten, sondern darüber hinaus jedem einzelnen selber überlassen, für den Wahrheit und Volkswille nicht nur Zeitungsköpfe und Deckmantel, sondern ein ernstes Anliegen bedeuten. Der Kampf für die Güter der Freiheit und Gerechtigkeit kann eben auch im Inseratenteil einer Zeitung mit Erfolg oder Misserfolg geführt werden.

Der unfreiwillige Humor (siehe unser Klischee aus der genannten Zeitung) hat es überdies gewollt, dass einer dieser Deckzettel ausgerechnet auf ein Heiratsinserat geklebt werden musste, um die «Kommunistische Partei Oesterreichs» gehörig zu verschleiern, so dass der Leser nun noch das Vergnügen hat, die Mahnung entgegenzunehmen «Heirate nie ohne — Zeitungsbeleg». Man muss gewiss nicht ausgesprochen bösartig sein, wenn man diesen Ratschlag leicht abwandelt und sagt: «Inseriere nie ohne — dich vergewissert zu haben, wo!»



Die Fremdenlegion

zu erwähnen, wurde in den sowjetischen Kommentaren zur Algerienfrage vor der Abstimmung vom 8. Januar nicht vergessen. Diese umstrittene Truppe wird jeweils als Musterbeispiel für das grausame französische Vorgehen der Zivilbevölkerung gegenüber hingestellt, wie in unserm besonders anschaulichen Beispiel aus der Zeitung «Bakinski Rabotschi». (Baku)

Der Schnappschuss

Wo die Schinken winken... Wegen Diebstahls von sozialistischem Eigentum sind in Prag 81 staatliche Kaminfeger verurteilt worden. Wie «Svobodne Slowo» berichtet, haben die Feger ingesamt 3500 Pfund Schinken aus einer Fleischfabrik entwendet. Sie hätten die Schinken mit Seilen an denen Angelhaken befestigt waren, durch Kamine auf das Dach der Fabrik gefischt und sie dann ins Hauptquartier der Kaminfeger transportiert und dort brüderlich untereinander aufgeteilt. (Der Not gehorchend? oder dem eignen Triebe?)

*

Nach der Schweiz und Südamerika seien in den letzten Monaten aus privaten Fonds höchster jugoslawischer Staats- und Parteifunktionäre Beträge von weit über 250 Millionen Dollar verschoben worden, wollen Gerüchte in Belgrad wissen.

*

«Kommunistische Samstage» nennt sich im ungarischen Bezirk Borsod eine Bewegung, in welcher sich die Genossen des staatlichen Bauunternehmens freiwillig zu unbezahlter Arbeit in den Kollektivwirtschaften melden dürfen. Für die Beschaffung von Arbeitskräften haben sich die Kollektivbetriebe laut «Eszakmigyarorszag» vertrauensvoll an den Parteisekretär gewandt, der allwöchentlich das Antreten der freiwilligen Arbeiter kontrolliert.

*

Mit Entrüstung hatte kürzlich die ostdeutsche Presse die «Unterschiebung» zurückgewiesen, dass die in der DDR studierenden Afrikaner ideologisch indoktriniert werden sollten. Und nun schreibt die Rundschau des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes: «Um die Freunde mit unseren Problemen vertraut zu machen, erteilt die Betriebsgewerkschaftsleitung (einer graphischen Schule, in der Guineser ausgebildet werden) regelmässig für sie Unterricht in der Wissenschaft des Sozialismus, der Geschichte der Arbeiterklasse in Europa und besonders in Deutschland.»